Die Kohärenz der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Südostasien : für Beharrlichkeit in Zeiten der Krise und Veränderung

Jean-Luc Maurer

Electronic version

URL: <http://journals.openedition.org/sjep/773>

DOI: 10.4000/sjep.773

ISSN: 1663-9677

Publisher

Institut de hautes études internationales et du développement

Printed version

Date of publication: 1 avril 2000

Number of pages: 93-104

ISSN: 1660-5926

Electronic reference

Jean-Luc Maurer, „Die Kohärenz der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit in Südostasien : für Beharrlichkeit in Zeiten der Krise und Veränderung“, *Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik* [Online], 19 | 2000, Online erschienen am: 23 August 2012, abgerufen am 11 März 2021. URL: <http://journals.openedition.org/sjep/773> ; DOI: <https://doi.org/10.4000/sjep.773>

DIE KOHÄRENZ DER SCHWEIZERISCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN SÜDOSTASIEN: FÜR BEHARRLICHKEIT IN ZEITEN DER KRISE UND VERÄNDERUNG

JEAN-LUC MAURER*

DAS JAHRBUCH SCHWEIZ-DRITTE WELT (JSDW) von 1995 befasste sich am Beispiel Indonesiens mit den neuen Leitlinien der schweizerischen Aussenpolitik gegenüber den Ländern des Südens. In meinem Artikel plädierte ich damals für die Fortsetzung des aktiven Engagements der Schweiz für die ökonomische und soziale Entwicklung Indonesiens als einzige Möglichkeit, die politische Öffnung und Demokratisierung des Landes zu unterstützen. In einem allgemeineren Sinn vertrat ich die Auffassung, dass eine grössere Kohärenz unserer Aussenpolitik gegenüber Entwicklungsländern eine engere Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Privatwirtschaft und Universitäten bedingt. Konkret schlug ich nach dem Vorbild anderer Geber die Schaffung einer aus diesen drei Kreisen bestehenden Kommission für Indonesien vor, um den von der DEZA ab 1996 vorgesehenen Rückzug aus dem Land optimal zu überbrücken. Dasselbe hätte für Vietnam, das neue Schwerpunktland der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz in Südostasien, geschehen sollen. Fünf Jahre später muss festgestellt werden, dass diese Ideen völlig wirkungslos geblieben sind – was eigentlich nicht erstaunlich ist in einem Land, das Kompetenzen und Befugnisse trotz allem nach wie vor lieber aufteilt als konzentriert.

Die DEZA hingegen hat ihre Rückzugspolitik aus Indonesien seither konsequent umgesetzt: Die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz beschränkte sich auf technische Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung und wurde von 22,6 Mio. Franken im Jahr 1992 rapide auf 6,4 Mio. im Jahr 1998 abgebaut; im Jahr 2000 soll sie noch 3 Mio. Franken betragen und 2001 gegen Null zurückgehen¹. Im Gegenzug wurde der geplante Ausbau der Entwicklungshilfe für Vietnam vorangetrieben: Sie stieg von 3 Mio. im Jahr 1992 auf 12,5 Mio. im Jahr 1998; dieser Betrag soll im Jahr 2000 auf 11,5 Mio. gesenkt, jedoch 2001 wieder auf 12,5 Mio. aufgestockt werden². So bedeutend diese Neuverteilung der öffentlichen Entwicklungshilfe zwischen den beiden grössten Ländern der Region im schweizerischen Massstab erscheint, verglichen mit den Auswirkungen der Asienkrise auf sämtliche Volkswirtschaften Südasiens sind sie nur ein Tropfen auf den heissen Stein³. Die Krise manifestierte sich im

* Direktor des IUED.

1. Tatsächlich dürfte die DEZA auch im Jahr 2001 noch fast eine Million Franken aufwenden, um eingeleitete Umweltmassnahmen und die Arbeit mehrerer schweizerischer NRO in Indonesien weiterhin zu unterstützen. Ich bin dem Programmbeauftragten für Indonesien und Vietnam der Sektion Asien 2 der DEZA, Konrad Specker, für die Übermittlung der neuesten Zahlen für diese beiden Länder dankbar.
2. Diese Zahlen betreffen nur die von der DEZA gewährte direkte öffentliche Entwicklungshilfe; die jährlich 8 bis 9 Millionen, die das seco Vietnam zugute kommen lässt, sind darin natürlich nicht enthalten.
3. Allgemeiner gesagt bestehen grosse Unterschiede zwischen den beiden Ländern hinsichtlich der Bedeutung öffentlicher resp. privater Entwicklungsgelder. Gemäss Weltbank und DAC betrug der Anteil öffentlicher Entwicklungshilfe für Indonesien vor der Asienkrise nur noch 5 % des Gesamtbetrags gegenüber 35 % in Vietnam. Die öffentliche Entwicklungshilfe machte 1997 nur noch 0,4 % des indonesischen BSP aus; in Vietnam war es das Zehnfache (4 %).

Juli 1997 in Thailand und verbreitete sich wie ein Lauffeuer über ganz Südostasien. Kein Land blieb verschont, mit Abstand am stärksten traf es jedoch Indonesien. Die als relativ solide geltende indonesische Wirtschaft brach innerhalb weniger Monate zusammen. Die Folge war eine sehr tief greifende soziale Krise, welche das politische Fundament eines autoritären, verkalkten und korrupten Regimes unterminierte, dessen einzige Legitimation in der Entwicklung der Nation und der progressiven Verbesserung des materiellen Lebensstandards der Bevölkerung lag. Was Vietnam anbelangt, so wurde es von der Asienkrise in einer Phase starken ökonomischen Wachstums überrascht. Die Krise griff auf seine Nachbarn über, von denen seine eigene Entwicklung in sehr starkem Ausmass abhängig ist, wodurch der erwähnte Aufschwung stark abgebremst wurde.

Es gilt also, für den von der besagten Finanzkrise tief erschütterten südostasiatischen Raum zu untersuchen, inwiefern die vor fünf Jahren ausgearbeiteten Kohärenzprinzipien der neuen schweizerischen Aussenpolitik gegenüber Entwicklungsländern sich bewährt haben und heute noch Gültigkeit beanspruchen können. Dazu soll die neuere wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der beiden von der Entwicklungszusammenarbeit mit der Schweiz am stärksten betroffenen Länder Indonesien und Vietnam kurz nachgezeichnet und ihre gegenwärtige Situation bilanziert werden. Auf dieser Grundlage sowie den fünf Kohärenzprinzipien der öffentlichen Entwicklungshilfe der Schweiz soll sodann untersucht werden, welches der beiden Länder zurzeit die besseren Rahmenbedingungen (oder die geringeren Hindernisse) für eine kohärente Entwicklungszusammenarbeit bietet. Schliesslich sollen die Lehren aus den gesammelten Erfahrungen gezogen und die wichtigsten Voraussetzungen für eine ehrgeizige, verbindliche und kohärente Entwicklungszusammenarbeit mit den südlichen Partnerländern bestimmt werden. Bereits an dieser Stelle sei festgehalten, dass diese Voraussetzungen Ausdauer, Geduld und Konstanz heissen. Da auch die Kunst der Wiederholung schliesslich Früchte tragen kann, endet der vorliegende Artikel mit einem neuerlichen Plädoyer für eine verstärkte dreipolige Zusammenarbeit in der Schweiz.

1. ENTWICKLUNG DER SITUATION INDONESIENS UND VIETNAMS SEIT 1995

Als 1995 die erwähnte Nummer des JSDW erschien, unterschied sich die Situation Indonesiens sehr stark von der Vietnams. Ein ausgelassenes Indonesien feierte den fünfzigsten Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Auch wirtschaftlich war die Stimmung nach zehn Jahren progressiver Öffnung und Liberalisierung von Handel und Investitionen fast euphorisch. Das Wirtschaftswachstum erreichte 8,2 %, eine der höchsten, je erzielten Jahreswachstumsraten, die Inflation hatte die 10 %-Schwelle schon lange nicht mehr überschritten, die Handelsbilanz war wie üblich ausgesprochen aktiv, die Investitionen aus dem Ausland schlugen alle Rekorde, und die Geldreserven nahmen deutlich zu. Mehr noch: Trotz der immer grösseren Einkommensunterschiede im Gefolge der wirtschaftlichen Liberalisierung hatte sich im Lauf der Jahre auch der allgemeine Lebensstandard der Bevölkerung deutlich verbessert, und gemäss Angaben von Regierung und Weltbank fiel der Anteil der unter der Armutsschwelle lebenden Bevölkerung Indonesiens 1996 mit 11,3 % auf einen historischen Tiefstand. Dies waren in einem Land mit damals 195 Millionen Einwohnern zwar immer noch über 22

Millionen Personen, doch die Fortschritte waren eindrucklich und nicht von der Hand zu weisen. Vor diesem Hintergrund und trotz einiger gravierender struktureller Schwachpunkte der Wirtschaft – insbesondere hinsichtlich der chronisch defizitären Leistungsbilanz, der ständig zunehmenden Auslandsschuld und eines äusserst fragilen Bank- und Finanzsystems – zählte die Weltbank Indonesien in ihrem berühmten, lyrisch und unvorsichtig «The East Asian Miracle»⁴ genannten Bericht von 1993 zu den sieben HPAEs (High Performing Asian Economies).

Die politische Lage stellte sich freilich weit weniger rosig dar. Trotz scheinbarer Stabilität und dem von den Feierlichkeiten zur fünfzigjährigen Unabhängigkeit⁵ verstärkten Eindruck nationaler Einheit manövrierte sich das autoritäre Regime General Suhartos, das heisst die von ihm 1966 nach einem antikommunistischen Holocaust, der mehr als eine halbe Million Tote gefordert hatte, installierte «Neue Ordnung», immer tiefer in eine Sackgasse. Der 1993 von einem einmütigen Parlament aus wenig demokratischen Wahlen im Vorjahr zum sechsten Mal wiedergewählte fünfundsechzigjährige Präsident und Alleinherrscher bot dem Land keinerlei Aussicht auf einen politischen Aufbruch. Vielmehr hatte er im Lauf der Jahre ein System von Kollusion und Nepotismus sich entwickeln lassen, von dem in erster Linie seine Familie und ihm Nahestehende profitierten und das Indonesien zu einem der korruptesten Länder der Welt werden liess⁶. Er sperrte sich gegen jegliches Reformbemühen und verkannte in seiner quasifeudalen, autoritären Art, dass die von ihm verordnete beschleunigte Wirtschaftsentwicklung die Gesellschaft nachhaltig verändert hatte und weite Kreise derselben zu einer Demokratisierung des politischen Lebens drängten. Die scheinbar eherne Stabilität war nur die Kehrseite eines blockierten politischen Systems. Tatsächlich war eine untergründige, wachsende Wut über die Repression, zunehmende Frustration angesichts der Unmöglichkeit, die Zustände zu verändern, und eine mit der grassierenden, quasi zum integrierenden Bestandteil der nationalen Kultur gewordenen Korruption zusammenhängende, tiefe moralische Krise der indonesischen Gesellschaft nicht zu verkennen.

Vietnams Situation stellte sich 1995 ganz anders dar⁷. Auf den Krieg von 1945 bis 1954 gegen den französischen Kolonialismus folgte ab 1963 der entsetzliche Krieg gegen den amerikanischen Imperialismus; nach der Vereinigung von 1975 intervenierte Vietnam ab 1979 in Kambodscha, um die Roten Khmer von der Macht zu vertreiben – dieser endlose Konflikt nahm erst mit den Pariser Abkommen von 1991 ein Ende. Obwohl Ho Chi Minh 1945 Vietnam als unabhängig erklärt hatte, erfuhr das Land in den folgenden fünfzig Jahren hauptsächlich Krieg, menschliches Elend und Zerstörung. Mit dem Sieg des Nordens über

4. *The East Asian Miracle*, Economic Growth and Public Policy, Oxford, Oxford University Press, Published for the World Bank, 1993. Eingehendere Informationen über die Fortschritte der indonesischen Wirtschaft vor der Asienkrise finden sich in Hal Hill, *The Indonesian Economy since 1966, Southeast Asia's Emerging Giant*, Cambridge, Cambridge University Press, 1996.

5. Wer sich ein genaueres Bild der damals in Indonesien vorherrschenden Stimmung machen möchte, sei auf den kürzlich in *L'horizon nousantarien, Mélanges en l'honneur de Denys Lombard*, Volume II, Archipel 57, 1999, pp. 73–95, erschienenen Artikel des Autors «La gloire du père: images de Suharto à son apogée. Les panneaux du 50^e anniversaire de l'indépendance à Jakarta» verwiesen.

6. Mit dem in Indonesien *KKN* (*Korupsi-Kolusi-Nepotisme*) genannten System und seiner Rolle in der Krise, die in den letzten Jahren ganz Indonesien erfasste, befasst sich der dieses Jahr in Giorgio Blundo (Hrsg.) *Monnayer les pouvoirs, Espaces, mécanismes et représentations de la corruption*, IUED/PUF, Nouveaux Cahiers de l'IUED, N° 9, Genève/Paris, 2000, S. 285–314, erschienene Artikel des Autors «Corruption, développement économique et changement politique: le facteur KKN dans la chute de Suharto».

7. Ich danke Christophe Gironde, der als Doktorand am IUED zurzeit an seiner Dissertation über die vietnamesische Landwirtschaft arbeitet, für seine Verbesserungsvorschläge in den Abschnitten über Vietnam.

den Süden 1975 setzte sich Hanoi sozialistisches Entwicklungsmodell im ganzen Land durch. Zehn Jahre später war dessen Scheitern offensichtlich: Die Bevölkerung kam aus dem Elend nicht heraus, und die Hilfe der Sowjetunion wurde mit dem Ende des Kalten Krieges eingestellt. 1986 schien die Regierung mit der *Doi Moi* genannten wirtschaftlichen Reformpolitik einen radikalen Kurswechsel vorzunehmen. Sie brach offen mit der sozialistischen Orthodoxie, legitimierte aber letztlich nur die seit 1979 auf dem Land und in den Staatsbetrieben ohnehin um sich greifende Liberalisierung. Die neue Politik bestand hauptsächlich in einer fortschreitenden Entkollektivierung und damit einhergehenden Marktöffnung und machte sich schnell bezahlt. 1995 erreichte die Wachstumsrate eine Rekordhöhe von 9,5 %, und das Ausland investierte weiterhin in dieses neue asiatische Eldorado mit einem Markt von 75 Millionen Einwohnern⁸. Die meisten anderen Wirtschaftsindikatoren waren jedoch weniger günstig, und die – wenn auch abnehmende – Armut betraf immer noch fast 50 % der Bevölkerung, deren Einkommen nicht zur Deckung der Grundbedürfnisse ausreichte.

Die politischen Veränderungen griffen weit weniger tief als die ökonomischen. Wie China versuchte Vietnam die Wirtschaft zu modernisieren, ohne das politische System der Einparteiherrschaft der kommunistischen Partei in Frage zu stellen. Letztere war jedoch kein monolithischer Block, sondern bestand aus zwei konkurrierenden Flügeln: einem konservativen, welcher die Wirtschaftsreformen im Namen der verschiedenen sozialen Übel im Lande zu bremsen versuchte, und einem reformfreundlichen, welcher die Autonomie der Regierung gegenüber der Partei zu stärken und die Expansion des privaten Sektors zu fördern bestrebt war. Diese Situation ermöglichte es, dass die bis anhin völlig machtlose Nationalversammlung gesetzgeberisch aktiver wurde und von der Exekutive Rechenschaft zu verlangen begann. Alles in allem änderte sich also mit der neuen Verfassung von 1992 nicht allzu viel – fallen gelassen wurde nur die überlebte revolutionäre Rhetorik. Weiterhin gab es praktisch keine Möglichkeit, seine Meinung zu äussern, die Religionsfreiheit blieb stark eingeschränkt und jegliche Dissidenz krass unterdrückt. Viele waren überzeugt, dass die Reformbewegung ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte. Angesichts des weiterhin sehr umständlichen und inzwischen auch weithin korrumpierten Verwaltungssystems kühlte sich 1995 auch der Enthusiasmus der ausländischen Investoren deutlich ab, obwohl Vietnam Mitglied der ANASE (Association des nations de l'Asie du Sud-Est) wurde und die Vereinigten Staaten im Vorjahr das zwanzigjährige Racheembargo gegen ihren Erzfeind endlich aufgehoben hatten. Dennoch war eine gewisse Entzauberung nicht zu verkennen.

Seither zog die Asienkrise sämtliche Volkswirtschaften Südostasiens in Mitleidenschaft – mit mehr oder weniger tief greifenden und dauerhaften Folgen für alle betroffenen Länder. Die Finanzkrise ging zwar 1997 von Thailand aus, dessen Wirtschaft gemessen an den grossen (und sakrosankten) makroökonomischen Parametern als die verwundbarste galt; am tiefsten betroffen war jedoch Indonesien, das als stabiler als viele andere Länder Südostasiens gegolten hatte.

8. Das Standardwerk zum wirtschaftlichen Übergang Vietnams ist dasjenige von A. Fforde und S. de Wylder, *From Plan to Market: the Economic Transition in Vietnam*, Oxford, Westview Press, 1996.

Ohne die vielbeschriebene⁹ katastrophale Entwicklung im Einzelnen nachzeichnen zu wollen, sei sie doch in groben Zügen in Erinnerung gerufen: Zwischen Mitte August 1997, als die Dollarbindung aufgehoben wurde, und Mitte Januar 1998, als Suharto ankündigte, seinen seit zwanzig Jahren im Ruf eines verschwenderischen Visionärs stehenden Technologieminister B.J. Habibie zum Vizepräsidenten zu ernennen, verlor die indonesische *Rupiah* 85 % ihres Werts! Die Folgen für die Wirtschaft waren fatal: Tausende von Unternehmen gingen Konkurs, da sich die in den rosigen Zeiten der entfesselten Spekulation auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgenommenen Dollarschulden als zu grosse Last erwiesen, und Hunderttausende von Angestellten fanden sich unversehens und ohne jegliche soziale Sicherheit auf der Strasse wieder. Das Wirtschaftswachstum, welches 1996 noch flotte 7,8 Prozent betragen hatte, fiel 1997 auf 4,7 % und brach 1998 mit -13,2 % völlig in sich zusammen. 1999 dürfte das Wachstum um die 0 % betragen haben und erst im Jahr 2000, wenn alles gut geht, wieder über Null klettern. Die Zahl der Armen stieg gegenüber 1996 (wieder) auf mehr als das Doppelte und erreichte Ende 1998 fast 50 Millionen Menschen oder 24,2 % der Bevölkerung – ein Rückfall um zwanzig Jahre in einem Zeitraum von 18 Monaten.

Es versteht sich von selbst, dass es nicht zu einem solchen Desaster gekommen wäre, wenn die strukturellen Schwächen der indonesischen Wirtschaft – insbesondere das unzureichend regulierte und kontrollierte Finanz- und Bankensystem – nicht durch das marode politische Regime der Neuen Ordnung noch verschlimmert worden wären¹⁰. Im Mai 1998 wurde der seit über zweiunddreissig Jahren an der Spitze des Staates stehende Suharto von Studentendemonstrationen und Volksaufständen zum Rücktritt gedrängt und übergab die Macht verfassungskonform seinem langjährigen Freund und spirituellen Sohn, dem Vizepräsidenten B.J. Habibie. In Indonesien selbst stark umstritten, öffnete dieser das politische System, stellte die Versammlungs- und Redefreiheit wieder her und organisierte Anfang Juni 1999 vorgezogene Legislativwahlen, welche er gegen die von Megawati Sukarnoputri – der Tochter des Vaters der nationalen Unabhängigkeit und ersten Präsidenten (1945 bis 1966) Sukarno – und dem Gus Dur genannten Abdurrahman Wahid – dem Führer der wichtigsten islamischen Organisation des Landes Nahdhatul Ulama (30 Millionen Mitglieder) – angeführte Opposition verlor. Ausserdem liess er Ende August 1999 im Bemühen um internationale Legitimität die Durchführung eines Unabhängigkeitsreferendums in der ehemaligen portugiesischen Kolonie Osttimor zu, das 1976 als 27. Provinz von Indonesien annektiert worden war. Die Befürworter gewannen das Referendum überaus deutlich, die tragischen Folgen sind bekannt. Diese Ereignisse gaben den latenten zentrifugalen Tendenzen gewisser Randprovinzen von Aceh im äussersten Norden Sumatras bis nach Irian Jaya in der Nachbarschaft von Papua Niugini neuen Auftrieb.

9. Unter den unzähligen kürzlich erschienenen Publikationen zur Asienkrise seien zwei hervorgehoben, welche fast diametral entgegengesetzte Positionen vertreten: Das allgemeinere Werk *Tigers in Trouble, Financial Governance, Liberalisation and Crisis in East Asia* (Zed Books, London, 1998) von K.S. Jomo (Dir.), demzufolge die fragliche Krise hauptsächlich von der ungebremsten Beschleunigung der ökonomischen Liberalisierung der Region herrührt, und *The Indonesian Economy in Crisis, Causes, Consequences and Lessons* (ISEAS – Institute of Southeast Asian Studies, Singapore, 1999) von H. Hill, welches sich ausschliesslich mit Indonesien befasst und das neoliberale Dogma nicht in Frage stellt.

10. Siehe dazu auch den Artikel des Autors «Fin de règne à Jakarta», *Politique Internationale*, Nr. 79, Frühling 1998, S. 81–102.

Trotz seines erklärten Willens zur Veränderung gewann Habibie als kompromittierter Höfling des alten Regimes das Vertrauen der Bevölkerung nicht: Die Reformkräfte machten ihn für die von der indonesischen Armee in der Vergangenheit vor allem in Java und Aceh begangenen Greuel verantwortlich, die Nationalisten warfen ihm vor, in Timor nationale Interessen zu verraten. Das Parlament erneuerte Ende Oktober 1999 denn auch sein Präsidenschaftsmandat nicht, sondern wählte ein Reform-Duo mit Gus Dur an der Spitze und Megawati als Nummer zwei. Die beiden bildeten sogleich ein Kabinett der nationalen Einheit, die sich durch die separatistischen Umtriebe in Aceh inzwischen ernsthaft bedroht sah, und versuchten die angesichts der politischen Unsicherheit und der wegen der blutigen Repression der Milizen und der Armee in Osttimor gegen Jakarta verhängten Sanktionen neuerlich serbelnde Wirtschaft wieder anzukurbeln¹¹. Auch wenn nun Reformpolitiker an der Macht sind, ist Indonesiens Krise noch keineswegs ausgestanden. Weiterhin muss im positiven wie im negativen Sinn mit allem gerechnet werden – im schlimmsten Fall mit einer Desintegration des Archipels, wodurch die gesamte Pazifikregion destabilisiert würde, beziehungsweise einer neuen Militärdiktatur, welche dies verhindern möchte; im besten Fall würde die eingeleitete Dezentralisierung als gemeinsames Projekt die Zusammengehörigkeit der Indonesier stärken und mit der Zeit in einen neuen Bundesstaat münden. Dieses Szenario erscheint nicht unmöglich; Indonesien ginge dann paradoxerweise als eines der demokratischsten Länder Ostasiens aus der politischen Krise hervor, in die es vom autoritären Suharto-Regime gestürzt worden war. Einstweilen gilt es jedoch, das verlorene Terrain wieder gutzumachen und das vor der Krise dank der seit 1970 verfolgten, in mancher Hinsicht intelligenten Entwicklungspolitik der Regierung und der nicht zu unterschätzenden internationalen Entwicklungshilfe – nicht zuletzt auch seitens der Schweiz – erreichte wirtschaftliche und soziale Niveau wieder herzustellen.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Vietnams nach 1995 verlief weit weniger dramatisch. Natürlich ging die Finanzkrise auch an Vietnam nicht spurlos vorbei, zumal seine Wirtschaft in starkem Ausmass auf Investitionen seiner von der Krise direkt betroffenen Nachbarn Singapur, Hongkong, Taiwan oder Südkorea angewiesen ist. Die Auswirkungen der Krise waren für Vietnam auch darum weniger direkt und einschneidend, weil seine Entwicklung bis dahin langsamer verlaufen war als in vielen anderen Ländern der Region. 1998 fiel seine Wachstumsrate auf 5,8 %, 1999 gar unter 5 %, was jedoch genauso auf das Konto der bereits angesprochenen Ernüchterung der internationalen Investoren geht, deren 1986 einsetzender Vietnam-Enthusiasmus auch von den starren Verwaltungsstrukturen und schwierigen Arbeitsbedingungen vor Ort lange Zeit kaum getrübt worden war. Innenpolitisch gab die Asienkrise und ihre desaströsen Auswirkungen in den am stärksten betroffenen Nachbarländern jedoch den reformfeindlichen Kräften Auftrieb, welche gegen wirtschaftliche Liberalisierung waren. Die Lancierung einer neuen «Reinigungskampagne» gegen Dissidenz und Korruption im Mai 1999 drängte die reformfreundlichen Kräfte noch weiter in die Defensive. Auch wenn Einstellung und Rückzug ausländischer

11. Eine eingehendere Untersuchung der Hintergründe der in den letzten drei Monaten vorgefallenen politischen Veränderungen einschliesslich der Osttimor-Tragödie sowie der Aussichten für eine Demokratisierung des Landes findet sich im jüngsten Artikel des Autors «Indonésie: une mue douloureuse», *Politique Internationale*, Nr. 86, Winter 1999–2000, S. 419–455.

Investitionen den Vietnamesen klar gemacht haben, dass «Erneuerung» auch eine innere Angelegenheit ist und die wirtschaftliche Liberalisierung de facto weitergeht, gehen die Hardliner gestärkt aus der Krise hervor, und das politische System scheint viel weiter von einer demokratischen Öffnung entfernt als noch vor zehn Jahren.

POTENZIAL UND GRENZEN DER SCHWEIZERISCHEN KOHÄRENZ IN SÜDOSTASIEN

Auf die allgemeinen Kohärenzprinzipien der neuen Schweizer Aussenpolitik wollen wir nicht weiter eingehen, da sie in anderen Artikeln dieser Dossiers des Jahrbuchs Schweiz-Dritte Welt vorgestellt und analysiert werden. Wir begnügen uns darum mit ihrer Aufzählung, um ihr Potenzial und ihre Grenzen in den betroffenen südostasiatischen Ländern besser einschätzen zu können. Es handelt sich dabei um die fünf folgenden Prinzipien:

- Prävention von Konflikten und Förderung von Sicherheit und Frieden;
- Engagement für Demokratie und Menschenrechte;
- Wirtschaftswachstum und -öffnung zur Förderung des Wohlstands;
- Förderung der sozialen Kohäsion und Gleichheit;
- Erhaltung der Umwelt und nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen.

Betrachten wir nun, inwieweit sich die wirtschaftliche, soziale und politische Situation Indonesiens und Vietnams an der Jahrtausendwende zur Umsetzung dieser fünf Prinzipien eignet:

Die gegenwärtige Konjunktur in Indonesien scheint a priori zur Ausübung einer kohärenten Aussenpolitik, wie sie die Schweiz mit ihren Entwicklungspartnern anstrebt, günstiger denn je. Was das erste Prinzip anbelangt, fehlt es leider nicht an ausgebrochenen und potenziellen Konflikten, da dem Archipel seit dem Sturz des autoritären Regimes, das die nationale Kohäsion durch Gewalt und Repression aufrechterhalten hatte, geradezu eine Balkanisierung droht. Osttimor war rechtlich nie ein Teil des indonesischen Nationalgebiets, dessen Gründungskonzept ganz aus der Zeit der holländischen Kolonialisierung stammt¹². Aber der politische Ausgang der humanitären Katastrophe vom September 1999 im Anschluss an das Mehrheitsvotum der timoresischen Bevölkerung zur Trennung von Indonesien markiert möglicherweise den Anfang eines solchen Desintegra-

12. Obwohl die vor allem auf Java konzentrierte Zentralregierung sich manchmal während gewisser vorkolonialer Epochen in diesem Teil Asiens auf einen grossen Teil des Archipels erstreckte, dehnten die Holländer ihren Machtbereich reichlich spät und mühsam von Sabang, einer kleinen Insel vor der Nordspitze von Aceh in Sumatra, bis Merauke, einer Stadt an der Südgrenze der beiden Teile Neuguineas, aus. Die Idee eines indonesischen Nationalterritoriums von Sabang bis Merauke ist so stark im Gründungsmythos des 1945 von Suharto als unabhängig erklärten Staats verankert, dass dieser sogar in den verbissensten Kämpfen gegen den Neokolonialismus und den Imperialismus, für die er sich stark machte, nie Osttimor gefordert hat, das bereits vor der Ankunft der Holländer im Archipel von den Portugiesen besetzt worden war. Suharto ist nur eingeschritten, weil die hastig vorgenommene Entkolonialisierung – wie bei allen Kolonien Portugals, das damals gerade seine «Nelkenrevolution» durchlebte – zu einem Bürgerkrieg führte. Die als kommunistisch angesehenen progressiven Kräfte des Fretilin schienen bereit, die Macht an sich zu reißen. Indonesien griff 1975 mit seinen Streitkräften ein und annektierte diesen Teil der Insel, die nun mit dem Segen der USA und Australiens zur 27. Provinz des Landes wurde. Einzelheiten zu dieser faszinierenden Frage finden Sie in einem kürzlich erschienenen Artikel des Autors mit dem Titel «Singularités et paradoxes territoriaux en Indonésie. De l'ambivalence des frontières dans un cadre de diversité insulaire extrême» in Joël Bonnemaison, Luc Cambrézy et Laurence Quinty-Bourgeois, *La Nation et le territoire, Le territoire: lien ou frontière?* Band 2, Paris, L'Harmattan, Géographie et Cultures, 1999, S. 211–234.

tionsprozesses. Wenn die Schweiz in Indonesien weiter so stark engagiert geblieben wäre, wie sie es durch die DEZA bis Mitte der 90er Jahre war, hätte sie vielleicht eine Vermittlerrolle zwischen Lissabon und Djakarta spielen können. Da sie nicht der EU angehört, hätte sie von den Indonesiern in dieser Angelegenheit als unparteiisch angesehen werden können, während die Timoresen sie dank des mehr als zwanzig Jahre dauernden humanitären Einsatzes des IKRK – mit dem sie oft assoziiert wird – geschätzt hätten. Die Schweiz hätte diese Aufgabe darum besser als irgendwer erfüllen können. Es scheint, dass eine ähnliche Idee, obwohl es bereits zu spät war, Ende 1998 bis Anfang 1999 im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Umlauf war, jedoch aufgegeben wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt werden die schlimmsten regionalen Konflikte in Aceh (Sumatra) oder Irian Jaya ausgetragen, und Bern kann nichts mehr zu ihrer Lösung beitragen¹³. Um als geschätzter Gesprächspartner fungieren zu können, hätte die Schweiz ein wichtiger Partner bleiben müssen.

Betreffend das zweite Grundprinzip, den Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, bietet Indonesien heute ebenfalls ausgezeichnete Voraussetzungen. Auf den Fall des autoritären und repressiven Regimes von Suharto folgte eine im Land noch nie dagewesene demokratische Öffnung einschliesslich Versammlungs- und Redefreiheit. In wenigen Monaten wurden 150 politische Parteien gegründet, von denen 48 im Juli 1998 an den Wahlen teilnahmen. Das Gleiche galt für die Gewerkschaften. Die während dreissig Jahren von der Neuen Ordnung streng kontrollierte und zensurierte Presse wurde plötzlich eine der freiesten und kritischsten in ganz Südostasien. Das vorher allmächtige Informationsministerium wurde im neuen, von Gus Dur und Megawati zusammengestellten Regierungskabinett einfach abgeschafft. Die von der Armee des vorherigen Regimes systematisch verletzten und im Namen des ideologischen Diskurses über die «asiatischen Werte» verneinten Menschenrechte werden heute durch die Schaffung eines Ministeriums als nationale Priorität anerkannt. Geleitet wird es von dem aus Aceh stammenden Hasballah M. Saad, einem angesehenen Verfechter der Menschenrechte. Darum scheint es im Moment, wo dieser Artikel den letzten Schliff bekommt, auch immer wahrscheinlicher, dass sich die für die Verbrechen und Machtmissbräuche in dieser Provinz und anderswo im Archipel – vor allem in Osttimor – zuständigen Militärs wie zum Beispiel General Wiranto, der letzte Befehlshaber der Armee unter Suharto und Habibie, schliesslich vor Gericht zu verantworten haben. Die Handlungsfreiheit der neuen demokratischen Regierung ist jedoch eingeschränkt, da die nationale Einheit bedroht ist, und dies jederzeit den reaktionären Kräften, welche die Veränderungen und die Infragestellung ihrer Privilegien nicht akzeptieren, als Vorwand dienen kann, die Herrschaft wieder an sich zu reißen. Indonesien braucht mehr denn je Unterstützung durch Partner, die sie bei der fortschreitenden Demokratisierung und der Einhaltung der Menschenrechte unterstützen. Wenn die DEZA im Land weiter stark engagiert geblieben wäre, hätte sich die

13. Das ist um so weniger der Fall in Irian Jaya, das kürzlich zu Papua Barat oder Westpapua umgetauft wurde. Das IKRK wurde unwissentlich in eine dunkle und blutige Affäre verwickelt, als im Mai 1996 eine von Unabhängigkeitskämpfern der papuanischen Befreiungsarmee als Geiseln festgehaltenen Gruppe von ausländischen und einheimischen Wissenschaftlern durch Rothelme der indonesischen Armee unter dem diabolischen General Prabowo Subianto, einem Schwager Suhartos, befreit wurde. Zu diesem Geschehnis, das kürzlich durch eine Sensationsreportage des australischen Fernsehens ABC mit dem Titel «Blood on the Cross» wieder ins Rampenlicht gerückt wurde, siehe den Artikel vom 15. September 1999 in *Le Temps*.

Schweiz mit ihrer diesbezüglichen Tradition sicher eingehend dafür einsetzen können. Das ist um so bedauerlicher, als ein grosser Teil der politischen Zukunft des Archipels von der zurzeit diskutierten Dezentralisierungsreform abhängt. Die reiche und einmalige Erfahrung der Schweiz auf diesem Gebiet hätte dabei eine wertvolle Unterstützung sein können.

Der Einfachheit halber können das dritte und vierte Prinzip zusammen untersucht werden. Die neue, reformistische Regierung von Gus Dur und Megawati hat sich klar für die Weiterführung der Anfang der 80er Jahre von ihren Vorgängern eingeleiteten Liberalisierung von Wirtschaft und Finanzen ausgesprochen. Es ist jedoch zu hoffen, dass sie einen neuen Ansatz für diese Problematik sucht. Der neue, mit der Koordination von Wirtschaft und Finanzen betraute Minister Kwik Kian Gie ist nämlich ein bekannter Verfechter progressiver Öffnung unter Staatskontrolle. Man kann darum erwarten, dass die wilde Liberalisierung von Banken und Finanzen der letzten zehn Jahre vorbei ist. Da sie weitgehend für die starken Schäden, die Indonesien durch die asiatische Finanzkrise erlitt, verantwortlich war, wird sie nun den erforderlichen Vorsichtsmassnahmen und Kontrollmechanismen unterworfen. Die Dinge werden sich zwar nicht im Handumdrehen ändern, aber die Bekämpfung der Korruption und die Bemühungen um grössere Transparenz figurieren oben auf der Prioritätenliste der neuen Regierung und sollten unter Marzuki Darusman, dem neuen Generalstaatsanwalt, der sich in dieser Hinsicht unbestritten verdient gemacht hat, weitergeführt werden. Er hat kurz vor Jahresende beschlossen, den zur Zeit Habibies eingestellten Prozess gegen Suharto wieder aufzunehmen und Klarheit darüber zu verschaffen, wie Suharto und seine Gefolgsleute ihre riesigen Vermögen angehäuft haben. Auch hinsichtlich der Förderung nach sozialer Kohäsion und Gleichheit stehen die Dinge besser als je, da sie ein deklariertes Ziel der neuen Regierungspolitik ist. Es geht in der Tat darum, die in den letzten zwei Jahren verlorene Zeit zur Bekämpfung der Armut wieder aufzuholen und vor allem den Graben zwischen der reichen Minderheit und dem Rest der Bevölkerung zu verkleinern. Darum haben die lokalen, von der DEZA geschätzten Basisorganisationen eine viel wichtigere Rolle zu spielen als in der Vergangenheit. All dies sollte zu einer gerechteren Entwicklungsstrategie beitragen, die in die von der Schweiz und ihren Partnerländern im Süden angestrebte Richtung geht.

Die Einhaltung des fünften, von der schweizerischen Aussenpolitik angestrebten Kohärenzprinzips wird in Indonesien leider viel schwieriger sein. In der heutigen Konjunktur ist es nämlich nur schwer möglich, die Wirtschaft anzukurbeln, die Armut und die soziale Ungleichheit zu verringern sowie gleichzeitig die natürliche Umgebung zu schützen und eine nachhaltige Verwaltung der Ressourcen einzuführen. Um aus dem Rezessionstief herauszukommen, in welches das Land 1998 stürzte, muss es leider mehr denn je auf die Ausbeutung seiner reichen Bodenschätze zählen. Die Ausbeutung der Erdöl- und Gasvorkommen ist an sich unschädlich für die Umwelt. Aber vor allem gewisse über Tage abgebaute Lagerstätten wie die Nickelressourcen in Irian Jaya sind sehr problematisch. Am beunruhigendsten ist jedoch das Problem des tropischen Regenwalds. Nach den riesigen Waldbränden von 1997 – seit Menschengedenken das schlimmste Jahr hinsichtlich der Folgen von El Niño im Archipel – steht es sehr schlecht um die immensen verwüsteten Flächen in Kalimantan und Sumatra. Man sollte den Willen und den Mut aufbringen, ein Moratorium für die wilde Ausbeutung der Wälder zu proklamieren, um eine verantwortlichere und

nachhaltigere Politik durchsetzen zu können. Dies wird leider kaum der Fall sein. Ökologische Fragen sind anscheinend für die Regierung nicht prioritär, was auch die Ernennung einer wenig bekannten Persönlichkeit bezeugt, die ihre diesbezüglichen Kompetenzen noch unter Beweis zu stellen hat, sowie die einer weiteren, nicht besser qualifizierten Person, die aus rein politischen Gründen zum Vorsteher des Waldministeriums wurde. Man muss sich auch klar darüber sein, dass die Dezentralisierung der Verwaltung auf diesem Gebiet sowohl positive wie verheerende Folgen haben kann. Trotz dieser sehr bedauerlichen und ins Gewicht fallenden Einschränkungen betreffend Umweltfragen muss noch einmal betont werden, wie günstig seit neuestem der Kontext in Indonesien für die Umsetzung der hier analysierten Kohärenzprinzipien ist.

Für Vietnam gelten leider nicht die gleichen Voraussetzungen. Da die Veränderungen nicht vergleichbar sind mit denen, die sich in den letzten zwei Jahren in Indonesien vollzogen, wollen wir nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern einfach zeigen, welches Potenzial für die Umsetzung einer kohärenten schweizerischen Entwicklungshilfe besteht. Was das erste Prinzip betrifft, bestehen keine Probleme. Seit dem Ende seiner Intervention in Kambodscha und der Verbesserung seiner Beziehungen zu China besteht in Vietnam kein grösseres externes Konfliktrisiko. Es bleibt die schwierige Frage der Gebietsansprüche auf die Inseln Spratly und Paracel, aber die Schweiz wird da wohl kaum die Rolle des Vermittlers spielen können. Im Innern schützt die starke kulturelle Homogenität der vietnamesischen Gesellschaft – abgesehen von den Minderheiten in den Bergen – wahrscheinlich vor einer Balkanisierung, wie sie im indonesischen Archipel stattfindet. Was das zweite Prinzip anbelangt, in dem der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte gefordert wird, stellen sich jedoch grosse Probleme. Man hat den Eindruck, Vietnam habe auf diesen Gebieten seit dem Ausbruch der asiatischen Finanzkrise sogar Rückschritte gemacht. Die Versammlungsfreiheit war bereits davor durch die sakrosankte Einheit der kommunistischen Partei sehr eingeschränkt und die Presse vollständig kontrolliert worden. Dazu kommt noch, dass die Religionsfreiheit nicht gewahrt ist und Buddhisten und Katholiken grundlos systematischen Repressionen unterworfen sind. Obwohl sich Vietnam seit der Annahme der *Doi Moi*-Doktrin der alten Doktrin des feindlichen Bruders China angeschlossen hatte – wirtschaftliche Modernisierung ohne Veränderung des politischen Systems –, war die Atmosphäre etwas leichter geworden, da die am wenigsten konservativen Kräfte in der Regierung in der Mehrzahl waren. Leider verloren sich diese Vorzeichen der Demokratisierung, denn die Vertreter des Status quo gewannen in der Rezession wieder die Oberhand.

All dies hat einen starken Einfluss auf das dritte Kohärenzprinzip, die darin geforderte wirtschaftliche Öffnung und damit verbunden wirtschaftliches Wachstum und Steigerung des Wohlstands. Vietnam hat versucht, aus den unglücklichen Erfahrungen seiner Nachbarn eine Lehre zu ziehen. Es stieg später und langsamer in das Rennen um wirtschaftliche Öffnung und hatte diesbezüglich eine sehr zwiespältige Einstellung. Darum beschloss es, für den Moment die ein wenig aufgestossene Tür nicht weiter zu öffnen, und gewisse Personen möchten sie sogar wieder ein wenig schliessen. Das bereits stark gesunkene Wirtschaftswachstum wird darunter leiden, und die Ausbreitung des relativen Wohlstands, von der ein Teil der Stadtbevölkerung und sogar der Landbevölkerung in gewissen begünstigten Gegenden profitiert, gebremst wer-

den. Es könnte auch der Vergrößerung der neu entstehenden Mittelklasse im Weg stehen und vor allem die wenig begünstigten Provinzen in der Landesmitte und in den Rand- und Bergregionen daran hindern, aus ihrer tiefen Armut herauszukommen. Wie überall in Südostasien hat das beschleunigte Wachstum und die wirtschaftliche Liberalisierung der letzten zehn Jahre zwar geholfen, die Armut entscheidend zurückzudrängen, sie hat aber auch zu einer Verstärkung der sozialen Ungleichheit geführt. Verlangsamtes Wachstum garantiert jedoch keinesfalls die im vierten Kohärenzprinzip stipulierte grössere Gleichheit und bessere soziale Kohäsion. Wenn der Anteil am Kuchen kleiner wird, ist es nicht einfacher, der satten Minderheit etwas davon wegzunehmen, um es der hungrigen Mehrheit zu geben. Es hilft auch nicht unbedingt bei der Bekämpfung sozialer Übel wie Prostitution, Alkoholismus, Drogenhandel und -konsum oder Korruption, die durch den Zustrom von Geld entstanden sind und von den Gegnern der wirtschaftlichen Öffnung aufs Korn genommen werden. Man kann einen wurmstichigen Apfel nicht vor dem Verfaulen bewahren, indem man ihn in eine Büchse steckt. Der im fünften Prinzip geforderte Schutz der Umwelt und die nachhaltige Verwaltung der Ressourcen ist wegen der stagnierenden Armut leider genauso schwierig wie zur Zeit, als das rasche Wachstum zum Streben nach unmittelbarem Profit verlockte.

Gesamthaft eignet sich die aktuelle Situation in Vietnam nicht gerade zur Umsetzung der fünf Kohärenzprinzipien, die von nun an die neue Aussenpolitik der Schweiz gegenüber den Entwicklungsländern bestimmen. In Indonesien hingegen haben die Veränderungen der letzten Zeit eine günstigere Ausgangslage für diese ehrgeizige Politik geschaffen. Das Problem ist, dass Vietnam unterdessen Indonesien als Hauptland für die öffentliche Hilfe der Schweiz in Südostasien ersetzt hat. Die Lage der beiden Länder hat sich als Folge der Ereignisse der letzten zwei Jahre, das heisst genau im Moment, wo die DEZA die beiden Länder als Partner in der Region ausgetauscht hat, total verändert. Man kann der DEZA natürlich nur schwer vorwerfen, dass sie diese unerwartete Wende nicht vorausgesehen hat. Es war seit Anfang der 90er Jahre jedoch augenscheinlich, dass die beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung der letzten fünfundzwanzig Jahre in Indonesien einen tiefen sozialen Wandel herbeigeführt hatte, der das Land angesichts der Fälligkeiten und Umstände für die Öffnung und Demokratisierung seines politischen Systems reif machte. Bei der herrschenden Konjunktur ist es wahrscheinlich, dass man mindestens ebenso lange warten muss, bis dies auch für Vietnam der Fall sein wird.

ANSTELLE EINER SCHLUSSFOLGERUNG sei hier noch einmal daran erinnert, dass es im vorliegenden Artikel einzig um Folgendes ging: die mit der Umsetzung der Kohärenzprinzipien der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit verbundenen Schwierigkeiten am Beispiel der beiden wichtigsten Partnerländer der Schweiz und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation in einer krisengeschüttelten, tief greifenden Veränderungen unterworfenen Region (Südostasien) aufzuzeigen. Selbstverständlich beschränken sich die Probleme bei der Umsetzung einer Politik dieses Zuschnitts nicht auf die spezifischen Verhältnisse in den betroffenen Ländern. Auch andere Faktoren wie die – in der Regel sträflich vernachlässigte – Koordination der Geberländer oder der ebenfalls oft rudimentäre politische Dialog derselben mit den «Empfängerlän-

dern» spielen natürlich eine Rolle, doch wurden diese Aspekte hier aus Platzgründen weggelassen. Schliesslich werden der Fortführung der anvisierten Politik auch in der Schweiz selbst oft genug Hindernisse in den Weg gelegt. Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit bedingt eine stärkere Kohärenz innerhalb der Entwicklungspolitik selbst sowie zwischen dieser und den anderen politischen Sektoren. Diese spezifisch schweizerischen Aspekte werden in anderen Artikeln des vorliegenden, der Kohärenz gewidmeten Dossiers beleuchtet.

Des Weiteren sollte nicht vergessen werden, dass die Umsetzung einer kohärenten Aussenpolitik gegenüber Entwicklungsländern ein ausserordentlich anspruchsvolles und komplexes Unterfangen darstellt, welches Ausdauer, Geduld und Konstanz der Partnerschaften voraussetzt. Die zeitliche Dimension geht dabei leider oft vergessen: Rom wurde nicht an einem Tag erbaut, und die in den meisten industrialisierten Ländern herrschende, oft noch unvollkommene Demokratie verdankt sich der bewegten und tragischen Geschichte der letzten zweihundert Jahre. Von daher braucht es ab dem Zeitpunkt, da die wirtschaftliche Entwicklung eine gewisse Konstanz erreicht – das Ziel jeder internationalen öffentlichen Entwicklungshilfe für ein Land des Südens – bis zur Demokratisierung des politischen Systems vielleicht dreissig bis fünfzig Jahre tief greifender sozialer Veränderungen, aus denen die Protagonisten der Neuerungen hervorgehen. Das bedeutet natürlich – und über diesen Punkt besteht wohl ein allgemeiner Konsens –, dass Entwicklungszusammenarbeit mit den gewählten Partnern ein langfristiges Engagement bedingt. Dies gilt um so mehr, wenn es darum geht, den Partnerländern gegenüber eine kohärente, auf den hier untersuchten fünf ehrgeizigen Prinzipien beruhende Aussenpolitik zu verwirklichen.

Rückblickend scheint uns der vor fünf Jahren an die DEZA gerichtete Vorwurf, sich zu früh aus Indonesien zurückzuziehen, angesichts der dramatischen Wirtschaftskrise und den ermutigenden politischen Veränderungen in dem Land gerechtfertigt. Offensichtlich ist es mittlerweile zu spät und vor allem sinnlos, all dem nachzutrauern, was die Schweiz in Indonesien seither hätte tun können, um eine mit den Kohärenzprinzipien ihrer Aussenpolitik übereinstimmende Entwicklung zu fördern. Die einzige Lehre, die aus dem beschriebenen, unglücklichen Umschwenken gezogen werden kann, ist, dass die damals getroffene Wahl nun durchgezogen und die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit in Südostasien sich nunmehr auf Vietnam konzentrieren sollte. Die für das Land wünschbare Entwicklung wird sich bestimmt nicht leichter oder schneller als in Indonesien umsetzen lassen. Darum erscheint es mir nicht überflüssig, die vor fünf Jahren gemachte Empfehlung für eine intensivere dreipolige Zusammenarbeit von Verwaltung, Privatwirtschaft und Universitäten heute zu erneuern. Die Zusammenarbeit sollte indessen noch weiter gehen und um einen vierten Pol – Vertreter aus Zivilgesellschaft und NRO – erweitert werden, um sämtliche Kompetenzen zu vereinigen, welche den beschriebenen, langsamen, schrittweisen und komplexen Prozess fördern können. Ob die Botschaft diesmal auf offenere Ohren stösst?